



**SÜDOSTEUROPA-
GESELLSCHAFT**



in cooperation with

EVANGELISCHE AKADEMIE TUTZING

**Sicherung der Energieversorgung,
Energiegemeinschaft Südosteuropa und EU
Tutzing, 20. bis 22. Oktober 2006**

**Staatsminister im Auswärtigen Amt und
Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft
Gernot Erler
Einführung in die Tagungsthematik**

Als Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft, Berlin, ist es mir eine besondere Freude, Sie in eine hochaktuelle Thematik einführen zu können.

Das Thema Energie liegt in aller Munde. Allein die Entwicklung seit Beginn des Jahres zeigt dessen Bedeutung mehr als ausreichend auf.

- Im Februar 2006 prägte Bundesminister Steinmeier auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik den Begriff der „Energieaußenpolitik“. Ein in Deutschland damals noch recht ungewohnter Begriff. Er schlug im Rahmen seines Vortrages vor, die Energiesicherheit durch mehr Kooperation der Produzenten, Verbraucher, Transitstaaten und der Privatwirtschaft zu verbessern. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass nach den Ereignissen in der Ukraine zu Beginn des Jahres schon manch einer von einem neuen Kalten Krieg gesprochen hatte.

- Die Europäische Kommission veröffentlichte im März ihr Grün-Buch mit dem Titel „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“. Darin sprach sie sich für einen kooperativen Ansatz, nämlich den Ausbau von Partnerschaften aus.
- Im April lud Bundeskanzlerin Merkel zum ersten Energiegipfel ein, dem Startschuss für ein nationales deutsches energiepolitisches Gesamtkonzept. In der Folge tagten drei Arbeitsgruppen jeweils zu internationalen, nationalen und energieeffizienzpolitischen Fragen und legten beim zweiten Energiegipfel, der erst wenige Tage hinter uns liegt ihre Zwischenberichte vor. In der unter Federführung des Auswärtigen Amtes stehenden Arbeitsgruppe – internationale Aspekte erreichte man schnell Konsens darüber, dass die Energieversorgung Europas nicht durch die physische Verknappung von Öl und Gas gefährdet ist, sondern durch die wachsende weltweite Nachfrage und damit steigende Macht der Anbieter.

Wenn ich nun vom nationalen Energiegipfel kommend, mir die Themen der heutigen Tagung vor Augen führe, so stelle ich erstaunliche Parallelen fest. Morgen soll zu Beginn die Abhängigkeit und die Perspektive eines rohstoffarmen Staates, nämlich Albaniens, diskutiert werden. Dies gilt aber auch für ein Land wie Deutschland und für fast alle anderen Staaten in der Europäischen Union, mit Ausnahme der Niederlande, deren Gasvorräte wohl noch ca. 25 Jahre ausreichen werden, und Großbritanniens mit stark sinkender Öl- und Gasproduktion.

Am Beispiel Bulgariens werden wir die Themen Energieeffizienz und das Problem des richtigen Energiemixes erörtern. Wie die meisten Mitgliedsstaaten der EU ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Entscheidung über den richtigen Energiemix eine nationale Entscheidung bleiben muss und nicht vergemeinschaftet werden sollte.

Beim Energiegipfel letzter Woche stand das Thema Energieeffizienz mit im Mittelpunkt, und dies, obwohl es sich zugegebenermaßen um ein eher sperriges Thema handelt. Sowohl für Deutschland, das bei Energieeffizienztechnologien mit führend ist, als auch für andere energieimportierende Staaten, die hier hohe Summen einsparen können, tun sich im Bereich der Energieeffizienz enorme Chancen auf. Dies gilt auch für Energieexporteure wie Russland, bei denen sich die Verluste im

Rahmen der Energieförderung bzw. beim Energietransport enorm reduzieren lassen, was länger ausreichende Vorräte und höhere Exporteinnahmen zur Folge hat. International gesehen gibt es daher durch mehr Energieeffizienz nur Gewinner. Dazu gehört auch unser Klima.

Zum Athener Vertrag vom 25. Oktober 2005 zur Schaffung einer europäischen Energiegemeinschaft mit Südosteuropa möchte ich –im Kreise von Fachleuten- nur soviel sagen: Er folgt konsequent dem Modell der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Die auch Montan-Union genannte Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl entstand 1951 auf Initiative des französischen Außenministers Robert Schuman. Hauptziel dieses Vertrages war es, mit der Vergemeinschaftung, also der gegenseitigen Kontrolle der kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl den innereuropäischen Frieden für die Zukunft zu sichern. Eine Idee, deren strategische Bedeutung Bundeskanzler Konrad Adenauer sofort erkannte und der er daher zustimmte. Aus der Montan-Union, dem Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und dem Vertrag über die Nutzung der Kernenergie EURATOM entstand später die Europäische Gemeinschaft, die 1992 durch den Vertrag von Maastricht zur Europäischen Union weiterentwickelt wurde.

Ausgehend von diesem historischen Beispiel möchte ich folgende These aufstellen: Bloße Zusammenarbeit im Energiebereich kann auf die Dauer nicht funktionieren. Sie kann lediglich Ausgangspunkt für regionale Zusammenarbeit sein und dies auch nur für begrenzte Zeit. Um wirklich stabile regionale Gemeinschaften und damit auch Energiesicherheit zu erzeugen, bedarf es politischer und ökonomischer Elemente. Erst durch sie wird dauerhaft regionale Stabilität erzeugt. Ich will an dieser Stelle nur kurz auf den evolutiv angelegten Stabilitätspakt für Osteuropa anknüpfen, dessen Philosophie am 10. Juli 1999 beim G8-Gipfel in Köln vorgestellt und am 30. Juli 1999 in Sarajewo von den Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten bekräftigt wurde.

Im Jahr 2007 wird Deutschland nicht nur die EU-Ratspräsidentschaft, sondern auch den Vorsitz der G8 innehaben. Im Rahmen der EU-Präsidentschaft wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, die Energiegemeinschaft mit Südosteuropa um weitere Teilnehmerstaaten zu erweitern. Grundbedingung hierfür ist jedoch deren

Eignung. Von ebenso großer Bedeutung für Europa ist jedoch auch die Berücksichtigung von Energiethemen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Für Europas Energieversorgung spielt Diversifizierung dabei eine entscheidende Rolle. Wir müssen auch über die Frage nachdenken, über welche Pipelinesysteme wir Erdgas aus Zentralasien beziehen wollen. Sind die bisherigen Pipelinesysteme ausreichend? Ich glaube dies nicht! Oder bedarf es einer zusätzlichen Ergänzung? Einen wichtigen Beitrag dafür könnte das Nabucco-Projekt leisten, das sicherlich mit einer Erhöhung der Versorgungssicherheit für den Gasbezug aus dem Kaspischen Raum und Nahen Osten verbunden wäre und dem wir uns hier auch noch widmen werden.

Lassen sie mich in diesem Zusammenhang einige Worte zu Russland sagen. Der russisch –ukrainische Gasstreit zu Beginn des Jahres war exemplarisch für mangelhafte regionale Kooperation im Energiebereich. Wenn auch die im Fernsehen live übertragene Schließung der Gaspipeline Einiges zur Aufregung beigetragen haben mag, so war es doch für Experten schon länger absehbar, dass hier erheblicher Konfliktstoff lag. Russland hatte schon früher der Ukraine angekündigt, dass nicht auf Dauer mit einem Sonderpreis für Energielieferungen zu rechnen sei. Die Ukraine hat darauf leider nicht ihre Energieeffizienz erhöht und die Subventionierung billiger Energie fortgesetzt. Russland wird auf absehbare Zeit der wichtigste Energielieferant Europas bleiben. Europa braucht russisches Gas und Öl. Russland hingegen benötigt über die Einnahmen aus den Lieferungen hinaus auch Investitionen und technisches Know-how. Diese Komplementarität ermöglicht eine Kooperation, die beiden grosse Vorteile verspricht. Ein Idealmaß der energiepolitischen Interdependenz und Verflechtung mit Russland ist dabei vorab nicht zu bestimmen. Aber ebenso wie für Europa kein Weg an Russland vorbeiführt, führt für Russland kein Weg an Europa vorbei. Ziel muss daher sein, eine Verflechtung mit Russland zum Wohle beider Seiten zu erreichen. Aus diesem Grunde sollte das neue PKA der EU mit Russland bald möglichst angegangen und mit energiepolitischer Substanz gefüllt werden. Gleichzeitig gilt es aber, über Elemente nachzudenken, die uns eine hinreichende Diversifikation beim Bezug von Gas und Öl erlauben.

Ich komme zum letzten Programmpunkt Schwarzmeerregion, südliches Mittelmeer, Kaspisches Meer und Zentralasien. Die Europäische Union hat mit der Europäischen Energiecharta einen Weg zu zuverlässigen und transparenten Energiemärkten beschritten. Für unsere Partner in den Nachbarregionen wäre es sehr vor-

teilhaft, wenn sie der Energiecharta beitreten und die gleichen Regeln anwenden. Dies ermöglicht wirtschaftliches Wachstum und Investitionen, was wiederum positive Folgen für die Energieversorgung der EU und ihrer regionaler Partner hat.

Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!